

# Der Brunnerbrief

Liebe Genossin, lieber Genosse,  
liebe Leserin, lieber Leser,

die vergangene Woche war die achte des laufenden Jahres – sozusagen die Woche 08/15. Von Gewöhnlichkeit kann angesichts der derzeitigen Ereignisse jedoch keine Rede sein. Der Konflikt um die Ostukraine schwankt zwischen Entspannung und Eskalation. Die neue griechische Regierung hält die Eurogruppe in Atem. Der Bundestag diskutiert über die Verlängerung der Hilfen für Griechenland und schon jetzt kündigen sich in der Union zahlreiche Abweichler an. Aber auch Erfolge wurden erzielt: Die Mietpreisbremse wird kommen. In der Verhandlungen mit der Union haben wir Sozialdemokraten uns durchgesetzt. Damit heißt es zukünftig: Wer den Makler bestellt, bezahlt ihn auch.

Doch im Einzelnen. Meine grundsätzliche Meinung zu Griechenland und der Verlängerung der Finanzhilfen ist: Der Regierungswechsel in Athen ist zu respektieren, auch wenn er nicht meinen politischen Vorstellungen entspricht. Entgegen großspuriger Ankündigungen hat Griechenland einer Verlängerung der Finanzhilfen um weitere vier Monate unter der Bedingung der Vorlage eines konkreten und verbindlichen Reformkatalogs zugestimmt. Wo und in welcher Form der griechische Staat spart, bleibt der von Syriza angeführten Regierung überlassen. Klar ist jedoch: *Pacta sunt servanda* – Verträge sind einzuhalten. Dieses alte Rechtsprinzip gilt auch hier.

In Bezug auf den Konflikt in der Ukraine verbietet sich aufgrund der hohen Ereignisdichte nahezu jedes Urteil: Was heute gilt, kann morgen schon wieder überholt sein. Deshalb bleibt zu hoffen, dass die Konfliktparteien zum mühsam ausgehandelten Minsk-II-Abkommen zurückkehren und statt der Waffen die Diplomatie sprechen lassen. Unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier leistet dazu seit Monaten einen hervorragenden Beitrag.

Gestern habe ich erneut im Plenum des Bundestages gesprochen. Wieder einmal ging es um die vollständige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Nach wie vor tut sich unser Koalitionspartner schwer damit, diese Diskriminierung abzustellen, aber: Der stete Tropfen höhlt den Stein! Meine Rede kannst Du dir unter [www.karlheinzbrunner.de/videos](http://www.karlheinzbrunner.de/videos) ansehen.

Herzliche Grüße  
Dein



Karl-Heinz Brunner



## KURZ NOTIERT

### DIE DEMOKRATIE IN GEFAHR?

Anfang der Woche sorgte eine erstaunliche Studie für Aufsehen: Demnach sind 60 Prozent der Deutschen der Meinung, dass in Deutschland keine echte Demokratie herrscht. Andererseits wird Deutschland im renommierten „Global Democracy Ranking“ auf Platz 8 der besten Demokratien der Welt geführt. Dieses Auseinanderklaffen ist alarmierend. Die geringe Beteiligung an der Bürgerschaftswahl in Hamburg hat erneut gezeigt, dass sich viele Menschen in Deutschland nicht mehr von der Politik angesprochen fühlen. Natürlich habe ich dagegen kein Wundermittel: Es muss, dabei sehe ich besonders meinen Berufsstand in der Pflicht, der Eindruck verhindert werden, dass „die da in Berlin“ irgendetwas ausklüngeln und der Bürger im Land keinen Einfluss auf Entscheidungen hat. Dem ist nicht so! Die Mitgestaltungsmöglichkeiten sind nahezu unerschöpflich. Ich lade jede und jeden ein, sich auch persönlich ein Bild von der „Berliner Republik“ zu machen. Denn die Demokratie ist das höchste Gut, das sich Generationen von Menschen für uns erkämpft haben. Dieses Gut sollte nicht leichtfertig verschenkt werden.

### ATTRAKTIVITÄTSSTÄIGERUNGSGESETZ DER BUNDESWEHR

Am Donnerstag haben wir das Bundeswehrrattraktivitätssteigerungsgesetz beschlossen. Die Bundeswehr als Arbeitgeber muss attraktiver werden. Bis jetzt wurden Soldatinnen und Soldaten oft beliebig versetzt. Insbesondere wenn in einer Partnerschaft beide Personen bei der Bundeswehr tätig sind, gelingt die Familienplanung nur schwer. Das Gesetz verbessert die Sozialleistungen und die Vergütung. Außerdem reguliert sie die Arbeitszeiten für den Friedensfall neu, auch die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung ist möglich. Bei der dazu angesetzten öffentlichen Anhörung am Montag hatten Vertreter verschiedener Institutionen die Möglichkeit, zu kritisieren und Anregungen zu geben. Ich habe mich besonders für die Ausweitung der Stichtagsregelung eingesetzt. Ab jetzt werden Erkrankungen und Einsatzunfälle bei Soldaten, die bis in das Jahr 1991 zurück liegen, anerkannt. Auch wenn das Gesetz nicht alle angestauten Probleme der letzten Jahre löst, sind wir einen guten Schritt vorangekommen.

### VERSTÄRKUNG FÜR MEIN TEAM

Seit nun drei Wochen unterstützt mich Nicole Tomczak als Praktikantin. An dieser Stelle möchte ich ihr die Gelegenheit geben sich selber vorzustellen:



*„Ein Praktikum bei Karl-Heinz hat mich vor allem gereizt, weil ich nicht nur den Betrieb im Bundestag kennenlernen konnte, sondern er auch Mitglied im Verteidigungsausschuss ist. Sicherheitspolitik hat mich während meines Studiums der Politikwissenschaft immer interessiert. Für die ersten zwei Wochen ging es*

*für mich aus meiner Heimat Schleswig-Holstein zunächst in den Wahlkreis. Neben meiner Arbeit im Büro habe ich Karl-Heinz regelmäßig auf Veranstaltungen begleitet. Hierbei habe ich viele interessante Menschen kennengelernt und vor allem erfahren, was sie politisch bewegt. Mittlerweile bin ich in Berlin und durfte den spannenden Alltag der Sitzungswochen, zwischen Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Plenardebatten, kennen lernen. Seither habe ich sehr viel gelernt und ich freue mich auf neue Eindrücke in den kommenden Wochen.“*

### ERSTE BERLINFAHRT DES JAHRES

Von Sonntag bis Mittwoch dieser Woche fand die erste Berlinfahrt des Jahres statt. 40 Interessierte aus dem Unterallgäu nahmen an der Informationsfahrt teil. Auf dem Programm standen eine Stadtrundfahrt, das DDR-Museum, der Bendlerblock, das Bundeskanzleramt und der Deutsche Bundestag. Hierbei hatte ich die Möglichkeit, in einem einstündigen Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren und von meiner Arbeit als Abgeordneter zu berichten. Heute war zudem eine Gruppe aus der Beruflichen Oberschule Neu-Ulm zu Besuch im Bundestag. Vielen Dank für die tollen Gespräche in dieser Woche!



### DIE MIETPREISBREMSE

Ein weiteres Wahlkampfversprechen wird umgesetzt: In den von den Ländern ausgewiesenen städtischen Ballungsräumen darf die Miete bei Neuvermietung höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete zuzüglich 10 Prozent angehoben werden. Mietpreissteigerungen von 30 oder 40 Prozent gehören damit der Vergangenheit an. Rund 40 Millionen Wohnungen sind deutschlandweit davon betroffen. Mit diesem Instrument soll der „Gentrifizierung“ entgegen gewirkt werden – also der Tatsache, dass immer häufiger Menschen mit „normalen“ Einkommen aus ihren angestammten Wohnvierteln vertrieben werden, weil alte Mietshäuser luxussaniert werden und sich nur noch wohlhabende Mieter ansiedeln können.

### MEINUNG & KONTAKT

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Bitte wende Dich zu diesem Zweck schriftlich oder telefonisch an mein Berliner Büro.

Karl-Heinz Brunner, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

[karl-heinz.brunner@bundestag.de](mailto:karl-heinz.brunner@bundestag.de)  
Telefon: 030 / 227 75055  
Fax: 030 / 227 70055  
[www.karlheinzbrunner.de](http://www.karlheinzbrunner.de)